



Bei der September-Sitzung des Stadtrates ging es vor allem um den Haushalt; im Bild bei der Haushaltsvorstellung: Zweiter Bürgermeister Harry Büttner (v.l.), Erster Bürgermeister Herbert Lichtinger, Bauamtsleiter Simon Eisenhut, Stadtkämmerin Katharina Bauer und Berater Josef Nießl.

(Foto: Alois Lederer)

## Stadtrat stimmt mit 10:7 für den Haushaltsplan 2025

Gesamtvolume über 25 Millionen – Freie Wähler für Verschiebung der Freibad-Sanierung

Eines der wichtigsten Themen in der Arbeit der kommunalen Gremien ist in jedem Jahr die Beratung über den Haushalt sowie die Festlegung des Investitionsprogrammes für die kommenden Jahre. Bei der September-Sitzung des Stadtrates ging es um dieses umfangreiche Werk, wobei es diesmal sieben Gegenstimmen zu verzeichnen gab.

In seiner Haushaltsrede sprach Bürgermeister Herbert Lichtinger von einer nicht einfachen Situation. Er hielt es dennoch für wichtig, weiter zu investieren. Auch das viel diskutierte Freibad-Thema erwähnte der Bürgermeister und warb dafür, mit den Sanierungen zu beginnen, da die Technik sehr veraltet ist und zugesagte Fördermittel nicht verloren gehen dürfen.

### Rund sieben Millionen Euro für Kinder- und Jugendhilfe

Im Haushaltsplan sind über 25 Millionen Euro in Zahlen verankert. Im Haushalt steht jedoch nicht drin, dass sich beispielsweise über 20 Mitarbeiter der Verwaltung mit vollen Engagement einbringen und rund 400 Feuerwehrkameraden ehrenamtlich Dienst leisten. Rund sieben Millionen Euro sind

im Haushalt für „Kinder- und Jugendhilfe“ enthalten. Es steht jedoch nicht drin, dass mit diesen Geldern unter anderem 300 Kinder betreut werden. Sein Dank galt nicht nur den Stadträten mit den Fraktionssprechern für die Beratungen im Vorfeld, sondern auch der neuen Stadtökämmerin Katharina Bauer und den externen Berater Josef Nießl für die Erarbeitung des Haushaltsplanes.

Berater Nießl präsentierte in der Folge per Powerpoint-Präsentation verschiedene Fakten und eine Gegenüberstellung zum Haushalt 2024. Seine Kernaussage war: „Die Aufgaben für die Kommunen werden immer mehr und die Finanzausstattung hält mit dem nicht Schritt.“ Er schlug daher vor, die freiwilligen Leistungen kritisch zu betrachten und vor Beginn jeder Maßnahme eine Folgekostenbetrachtung durchzuführen. Stadtökämmerin Katharina Bauer erläuterte im Anschluss die Anträge der einzelnen Fraktionen im Detail und wies darauf, dass im vorliegenden Haushaltsplanentwurf die Ergebnisse der Sitzung des Finanzausschusses eingearbeitet wurden.

### **Stellungnahmen der Fraktionen**

Es folgten die Statements der einzelnen Fraktionen des Stadtrates. Für die CSU sprach Stadtrat Robert Ammer und widmete sich der Freibadsanierung, nachdem die Freien Wähler beantragt hatten, die Freibadsanierung auf unbestimmte Zeit - mindestens jedoch um ein Jahr - zu verschieben. „Jetzt die Notbremse zu ziehen, das halte ich nicht für gut“ sagte er und wies darauf hin, dass dieses Projekt mit den Planern schon sehr oft diskutiert wurde. „Wir müssen diese Maßnahme durchziehen, weil ansonsten Zuschüsse wegfallen.“

Der stellvertretende Fraktionssprecher Franz Winter von den Freien Wählern kündigte an, dass seine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen wird. Stadtrat Josef Eisenhut von der SPD meinte, dass er bei diesem Haushalt „Bauchweh“ habe und dieses wird erst weg sein, wenn er dem Haushalt nicht zustimmt. Er erkannte keinen Sparwillen und kritisierte, dass in Sachen Konsolidierung nichts passiert. ÖDP-Stadträtin Angela Ramsauer stellte fest, dass es verantwortungsvoller gewesen wäre, erst die Infrastrukturmaßnahmen zu erledigen. Die Freibadsanierung, so ihre Meinung, hätte man in abgespeckter Form machen können.

Nach eineinviertel Stunden wurde die Haushaltssatzung schließlich mit 10:7 Stimmen beschlossen. Der Haushalt 2025 schließt im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 19.116.600 Euro ab und der Vermögenshaushalt mit 6.098.400 Euro. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Finanzplan inklusive Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2024 bis 2028 beschlossen.

## **Freibad-Sanierung und Windpark Hayforst**

Neben der Beratung über den Haushalt standen bei der September-Sitzung des Stadtrates vorwiegend Bauleitplanungen, die Freibad-Sanierung und das immissionsschutzrechtliche Verfahren zum Windpark „Hayforst“ auf der Tagesordnung. Die Haltung der Stadträte war dazu klar: Es gibt kein Einvernehmen der Stadt

Bezüglich der Freibad-Sanierung zeigte Simon Eisenhut, Leiter des Sachgebietes Planen und Bauen, nochmals den angedachten Bauzeitenplan auf. Demnach müsste so schnell wie möglich die Baumeisterarbeiten ausgeschrieben werden, damit 2025 noch mit den Arbeiten begonnen werden könne. Für dieses Gewerk wurden bisher die Ausgaben auf 975.514,40 Euro geschätzt. Diesmal war es Stadtrat Fritz Frank, der seine Bedenken äußerte. Ihm entgegnete Stadtrat Stefan Lampert, dass sich viele Bürger klar für das Freibad aussprachen. Letztendlich bewilligte der Stadtrat mit 13:4 Stimmen eine sofortige Ausschreibung der Baumeisterarbeiten.

## **Bedenken des Landratsamtes**

Der Bebauungsplan B 2 in Greißing soll geändert werden. Die Öffentlichkeit wurde frühzeitig beteiligt. Auch die Fachstellen sind vorweg angehört worden. Bauamtsleiter Eisenhut gab die einzelnen Stellungnahmen bekannt. Das Landratsamt äußerte aus städtebaulicher Sicht Bedenken und war der Ansicht, dass die Planung den Eindruck einer Gefälligkeitsplanung erweckt. Die meisten übrigen Behörden hatten keine Bedenken. Der Bund Naturschutz wies darauf hin, dass man von der Pflanzung von Ebereschen und Schwarzerlen Abstand nehmen sollte. Der Stadtrat beschloss die Einarbeitung der Änderungen.

Im Gebiet der Ortsabrandungssatzung „Oberharthausen Ost“ soll auf Antrag eines Eigentümers ein Wohnhaus mit Erddeckung ermöglicht werden. Es ist daher eine Änderung der Satzung notwendig, mit der sich der Stadtrat einverstanden zeigte.

## **„Grausame Umzingelung“**

Die abermalige Behandlung des Windparks „Hayforst“ rief das Interesse einiger Betroffener hervor. Bürgermeister Herbert Lichtinger sagte, dass die Stadt zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren für die neun Windräder Stellung nehmen muss. Stadtrat Robert Ammer hakte zum Thema Umweltverträglichkeitsprüfung nach. Diese, so Herbert Lichtinger, werde erst später nachgereicht.

Zahlreiche Stadträte meldeten sich zu Wort und der Tenor war einhellig negativ. Stadtrat Alois Giglberger sagte beispielsweise, dass diese Umzingelung mit neun Windrädern grausam sei und das Schutzbau Mensch absolut nicht berücksichtigt werde. Der Stadtrat verweigerte letztlich mit 17:0 Stimmen das Einvernehmen. Ebenfalls einstimmig wurde beschlossen, dass man sich der privaten Petition anschließe und in einem separaten Schreiben gegenüber dem Landtag zum Ausdruck bringe, dass man die Argumente der Unterzeichner der Petition teile.

Beim Bauantrag der Stadt zur Errichtung eines Kindergartens in Containerbauweise im Freizeitgelände an der Straubinger Straße wurde festgestellt, dass bezüglich der Baugrenzen und der Art der baulichen Nutzung keine Übereinstimmung mit dem Bebauungs- und Grünordnungsplan B 12 besteht. Die Pläne wurden aufgezeigt und den Befreiungen wurde zugestimmt.

### **Bauverpflichtung mit zehn Jahren festgelegt**

Beim Bebauungsplan für das Sondergebiet Photovoltaik „Tuffing“ ist die Behördenbeteiligung erfolgt. Simon Eisenhut zeigte die jeweiligen Anregungen auf sowie die dazu ausgearbeiteten Beschlussvorschläge. Die Korrekturen werden jetzt eingearbeitet. Der Bebauungsplan konnte bereits als Satzung beschlossen werden. Die Satzung wird in Kraft gesetzt, wenn die Änderungen des Flächennutzungsplanes rechtskräftig sind.

Vor der Überleitung in den nichtöffentlichen Teil wurden aus gegebenem Anlass die Modalitäten für den Verkauf der restlichen Bauparzellen im Baugebiet „Kirchmarterfeld“ in Hadersbach festgelegt. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Liste ist dabei weitgehendst gebilligt worden. In diesem Zusammenhang wurde die Bauverpflichtung mit zehn Jahren festgelegt. Alois Lederer